

Bürgerliche politische Ukonomie und staatsmonopolistische Regulierung

An jenem raffinierten, staatsmonopolistischen System der antikommunistischen Hetze, der Irreführung der Bevölkerung, das in Westdeutschland in den Nachkriegsjahren entstand, haben auch bürgerliche politische Ökonomen erheblichen Anteil. Mit der zunehmenden Bedeutung des ideologischen Kampfes in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus wuchs unter den Bedingungen der neuen Stufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Nachkriegszeit die ideologische Funktion der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie weiter an. Das ist jedoch nicht die einzige Funktion, die die bürgerliche politische Ökonomie erfüllt.

Das Anwachsen staatsmonopolistischer Eingriffe in den Reproduktionsprozeß hat auch Rückwirkungen auf die bürgerliche politische Ökonomie. Schon während der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 traten bürgerliche politische Ökonomen, teils aus eigenem Antrieb, teils im Auftrag einzelner Monopole oder des imperialistischen Staates, mit bestimmten Ausarbeitungen hervor. In diesen versuchten sie praktische Vorschläge für die staatsmonopolistische Wirtschaftspolitik zu unterbreiten bzw. theoretische Begründungen für die Notwendigkeit einer staatlichen Wirtschaftspolitik, für ihre Richtung, ihre Mittel und Methoden zu geben.

In der zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise erlebte diese Entwicklung einen weiteren schnellen Aufschwung. Der Übergang vom monopolistischen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, der rasch vorangeschrittene Prozeß der Vergesellschaftung der Produktion in der Nachkriegszeit, die technische Revolution, der rasch anwachsende Einfluß des Sozialismus in der Welt und der ökonomische Wettbewerb der beiden Weltssysteme, alles das hat große Bedeutung auch für die bürgerliche politische Ökonomie.

Die staatsmonopolistischen Regulierungs-

maßnahmen können ohne ein bestimmtes Maß ökonomischer Fachkenntnisse nicht in die Tat umgesetzt werden. Mehr und mehr werden darum bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler direkt oder indirekt zur Mitarbeit an staatsmonopolistischen Regulierungsmaßnahmen herangezogen. In immer breiterem Umfang werden in den imperialistischen Staaten bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler damit beauftragt, exakte Analysen über ökonomische Probleme auszuarbeiten, empirische Untersuchungen und theoretische Überlegungen über die möglichen vielseitigen Auswirkungen wirtschaftspolitischer Entscheidungen anzustellen, Diagnosen und Prognosen der ökonomischen Entwicklung als Grundlage für das ökonomische Handeln des imperialistischen Staates anzufertigen usw.

Die staatsmonopolistische Regulierung im gesamtgesellschaftlichen Bereich ist unter den neuen Bedingungen nur möglich durch die immer stärkere Einbeziehung der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft in diesen Prozeß, mit der Entfaltung der wirtschaftspolitischen, der praktischen Funktion dieser bürgerlichen Wissenschaftsdisziplin. Die Entwicklung der politischen Ökonomie zu einer unmittelbaren Produktivkraft, die im Sozialismus voranschreitet, vollzieht sich — unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse modifiziert — ebenfalls im gegenwärtigen Kapitalismus.

Natürlich ist dies kein einheitlicher Prozeß. Es gibt zwischen den bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern unterschiedliche Auffassungen auch in den Fragen, die mit der ökonomischen Tätigkeit des imperialistischen Staates und den damit verbundenen politischen Problemen zusammenhängen. Doch insgesamt, als vorherrschender Zug, kann festgestellt werden, daß die moderne bürgerliche politische Ökonomie immer größeren Anteil an der staatsmonopolisti-